

«Statt zu helfen, hat der Staat uns verraten»

Noch bis in die 1980er-Jahre brachten die sogenannten fürsorgerischen Zwangsmassnahmen grosses Leid über Eltern und Kinder. Gestern sammelten Betroffene in Freiburg Unterschriften für die Wiedergutmachungsinitiative.

REGULA BUR

FREIBURG «Kennen Sie das Schicksal von Verdingkindern? Möchten Sie für eine Wiedergutmachung unterschreiben?», fragt eine Frau einen Passanten. Sie trägt ein rotes T-Shirt, darauf steht: «Für die Opfer. Für die Schweiz». Sie war ein Verdingkind. Mit gut zehn weiteren Opfern der sogenannten fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, die die Behörden noch bis in die 1980er-Jahre ausführten, ist sie gestern auf den Georges-Python-Platz gekommen, um Unterschriften für die Wiedergutmachungsinitiative zu sammeln (siehe Kasten).

Sie sei als uneheliches Kind geboren, erzählt Renata Nydegger. Da ihre Mutter nie zu Hause gewesen sei, sei sie bis ins Alter von sechs Jahren bei ihren Grosseltern aufgewachsen. «Eines Tages kamen mein Onkel und meine Mutter und brachten mich zu einer Familie nach Schaffhausen.» Warum, wisse sie bis heute nicht. Dort musste sie hart arbeiten, wurde geschlagen und bekam nur die Rüstabfälle zu essen. Nach einem halben Jahr sei sie davongelaufen. «Ich dachte,

meine Grossmutter hätte Freude, wenn ich wieder nach Hause komme. Sie steckte mich aber in den nächsten Zug und brachte mich zurück nach Schaffhausen.»

Viele Gruppen betroffen

Ist die Rede von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, denken viele an Verdingkinder. Sie sind jedoch nicht die einzigen Opfer. So gab es auch Opfer administrativrechtlicher Versorgungen, von Zwangssterilisierungen, -kastrationen und -abtreibungen, von Medikamentenversuchen und Opfer von Zwangsadoptionen.

Zur letzten Gruppe gehört Mireille Gertsch. Da ihr Vater ein Franzose hugenottischer Abstammung war, durften ihre Eltern nicht heiraten. Das damit uneheliche Kind wurde der Mutter direkt nach der Geburt weggenommen. Mireille Gertsch wuchs bei einer Pflegefamilie auf. «Meine Mutter hatte nie ein Dokument unterschrieben, das mich zur Adoption freigab. Ihre Unterschrift war gefälscht worden.»

Von der anderen Seite erlebt hat Ursula Biondi eine Zwangsadoption. Um sie vor

ihrem Freund - einem geschiedenen Mann - zu schützen, wollten ihre Eltern die schwangere 17-Jährige in ein Heim einweisen; sie landete in der Strafanstalt Hindelbank. Wenige Tage nach der Geburt musste sie zurück ins Gefängnis, ihr Sohn durfte nicht mitkommen. «Statt uns Jugendlichen in prekären Situationen zu helfen, hat der Staat uns verraten.»

Insbesondere in den 1960er-Jahren hätten Zwangsadoptionen Hochkonjunktur gehabt, sagt Lisa Hilafu, Präsidentin der Organisation Zwangsadoption Schweiz. Viele kinderlose Eltern hätten sich damals ein Baby gekauft, teilweise zu Rekordpreisen von über 20 000 Franken. «Befürchtete eine Gemeinde, eine Frau könne nicht für den Unterhalt ihres Kindes aufkommen, ordnete sie eine Zwangsadoption an.»

Selbst zwangsadoptiert und später verdingt, kämpft Lisa Hilafu nun für eine Wiedergutmachung. «Wir haben für unsere Arbeit nie einen Lohn erhalten. Was wir fordern, ist keine Entschädigung, sondern eine Rückerstattung.»



Betroffene sammeln in Freiburg Unterschriften.

Bild Charles Ellena

Initiative: Aufarbeitung und Entschädigung

Im März 2014 lancierte ein überparteiliches Komitee die Wiedergutmachungsinitiative für Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Wie ihr Name besagt, will die Initiative eine Wiedergutmachung für die direkt Betroffenen. Dafür soll ein Fonds über 500 Millionen Franken erstellt werden. «Es gibt viele Opfer, die heute in finanziellen Schwierigkeiten sind, aber nicht zur Sozialhilfe gehen. Sie sind den Behörden gegenüber zu misstrauisch», sagt SP-Nationalrätin und Mitglied des Initiativkomitees Ursula Schneider Schüttel. Auch hätten viele Opfer jahrelang ohne Lohn hart gearbeitet. Die Initianten fordern zudem eine wissenschaftliche Aufarbeitung des «dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte» und eine unabhängige Kommission, die jeden Fall einzeln prüft. Bis jetzt hätten sie etwa 45'000 Unterschriften, sagt Schneider Schüttel. Nötig sind 100'000 bis im Oktober 2015. *rb*